

SPD IN DER VERANTWORTUNG:

NEIN ZUR GASFÖRDERUNG BEI BORKUM!

SPD.Klima.Gerecht spricht sich gegen eine Erdgasförderung in der Nordsee vor Borkum aus. Dafür sind drei Gründe ausschlaggebend:

- Die Genehmigung eines **fossilen Erdgasprojekts** widerspricht den deutschen Klimazielen und untergräbt die Glaubwürdigkeit Deutschlands in Klimafragen. Wir haben uns verpflichtet, 2045 klimaneutral zu sein. Ein neues Erdgasfeld zu erschließen, dass auf Jahrzehnte Erdgas fördern soll, ist keine **"Zwischenlösung"**, sondern ein Festhalten am fossilen Zeitalter und steht unseren Klimazielen entgegen. Deutschland setzt sich für einen internationalen Ansatz in der Klimapolitik ein und versucht, Entwicklungs- und Schwellenländer zu **überzeugen**, weniger fossile Projekte umzusetzen. Wenn Deutschland jetzt als eines der reichsten Länder selbst ein fossiles Projekt genehmigt, **verlieren** wir international massiv an **Glaubwürdigkeit**. Deutschland kann damit auf absehbare Zeit **keine Vorreiterrolle** übernehmen, die jedoch als drittgrößte Volkswirtschaft in unserer Verantwortung liegt.
- Das Gas vor Borkum ist **nicht für die Energiesicherheit notwendig**. Die Entscheidung zur Prüfung der Gasförderung wurde in einer Zeit der Energiekrise und von großer Unsicherheit getroffen. Heute ist die Gasversorgung Deutschlands insbesondere durch die **Überkapazitäten** der Flüssiggas-Terminals vor Rügen und in Wilhelmshaven abgesichert, zudem ist die Steuerung der Gasreserven durch den Staat endlich angegangen worden. Die Gasförderung verändert nur die klimapolitische, nicht die geopolitische Lage oder die Energiesicherheit Deutschlands. Die Abhängigkeit von Energieimporten wird nur durch den konsequenten **Umstieg auf Erneuerbare Energien** gelöst.
- Die Gasförderung bringt **enorme Kosten für den Naturschutz** mit sich. Die Nordsee und das Wattenmeer sind heute schon schwer belastet, was sich in den Bewertungen der ökologischen Zustände nach der Wasserrahmenrichtlinie (**Wattenmeer**) bzw. Meeresstrategierahmenrichtlinie und OSPAR (**Nordsee**) widerspiegelt. Der Bau und die Nutzung der erforderlichen Infrastruktur für eine Bohrinselform hat **dramatische Auswirkungen** auf den Zustand der lokalen Natur und Anwohner*innen. Die Bohrstation selbst soll auf geschützten Steinriffen entstehen. Außerdem wird die Integrität des Co2-speichernden Meeresbodens gefährdet. Das Projekt hat also nicht nur dramatische Folgen für das Klima, sondern auch für das **UNESCO-Weltnaturerbe** Wattenmeer.

Für demokratische, erneuerbare Bürgerenergie!

Die **Glaubwürdigkeit und Rolle der SPD** in der Klimatransformation entscheiden sich auch an dieser Frage der Gasförderung vor Borkum. Vereinzelt wurde von einer "unpolitischen" Entscheidung gesprochen, nachdem der **Konzern One-Dyas** die Landesregierung in einem Brief mit Drohungen bedacht hat. Die SPD muss klarmachen, was sie von einem solchen undemokratischen Einschüchterungsversuch durch Großkonzerne hält. Die **Fehler der vergangenen Energiepolitik**, in der Energiekonzerne zum Teil mehr Einfluss hatten als die Interessen unseres Landes und der Bewohnerinnen, dürfen **nicht wiederholt** werden. Die SPD muss sich vom Bild und Erbe der **"Gaspartei"** lösen und Partei der demokratischen, erneuerbaren Bürgerenergien werden - nicht weniger als diese Richtungsfrage wird vor Borkum entschieden. Das ist nicht nur eine Frage unserer **Grundsätze**, sondern auch in der **Wiedergewinnung von Vertrauen**, insbesondere bei jungen Wählerinnen, entscheidend.

**Die sozialdemokratische Haltung in dieser Richtungsfrage kann nur sein:
Nein zu neuer Erdgasförderung in Deutschland!**